

Ad) Empfehlung Nr. 352 (Überstellungen nach Griechenland aufgrund der sog. Dublin II Verordnung¹)

Hintergrund

Der UN Sonderberichterstatter für Folter² wie auch das UN Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) berichteten im Zuge ihrer Besuche in Griechenland von den alarmierenden Zuständen im Bereich des Asyl- und Fremdenwesens, sowohl im Bereich des Vollzuges des Asylwesens im Allgemeinen als auch der Anhaltebedingungen in den Schubhaftzentren.

Diese Wahrnehmungen bildeten ebenso wie die Berichte darüber, dass derzeit beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ein Präzedenzfall („M.S.S. gegen Belgien und Griechenland“) zu Dublin II Rückführungen anhängig ist, die Grundlage für die Empfehlung Nr. 352.

Aktuelle Entwicklungen:

Der österreichische Verfassungsgerichtshof urteilte am 7. Oktober 2010 (U 694/10-19), die Republik Österreich müsse für die Frage, ob eine Verpflichtung zum Selbsteintrittsrecht gem. Art 3 Abs 2 Dublin II-VO bei Abschiebungen nach Griechenland bestehe, in den Fällen *besonders schutzwürdiger Personen* – in diesem Fall eine alleinerziehende Mutter mit drei Kleinkindern – prüfen, ob eine *individualisierte Versorgungszusage* der griechischen Behörden vorliegt. Falls eine solche nicht vorliegt, verletzt dies insoweit das nach Art. 3 EMRK verfassungsgesetzlich gewährleistete Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung unterworfen zu werden, als (im Hinblick auf die derzeitige Situation des Asylwesens in Griechenland) Unterkunft und Versorgung in Griechenland nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden.

(In einem offiziellen Brief vom 27. Oktober 2010 regte der EGMR die Republik Österreich an, Rückführungen von Asylwerbern nach Griechenland zwischenzeitlich zu unterlassen, wenn die AsylwerberInnen vorbringen, dass die Rückführung sie in einem von der Konvention garantierten Menschenrecht verletzen würde.³)

¹ Für nähere Informationen über die Dublin II VO siehe die Hintergründe zur Empfehlung Nr. 350 des MRB.

² Der Bericht findet sich (in englischer Sprache) unter:

http://www2.ohchr.org/english/issues/torture/rapporteur/docs/PressStatement20102010_en.doc

³ Siehe dazu den Artikel des „Standard“ vom 04.11.2010, S. 11, mit dem Titel: „Brief aus Straßburg fordert Abschiebestopp.“